

Antrag

der Abg. Thekla Walker u. a. GRÜNE

Klärschlammverwertung in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sie die Notwendigkeit zur Phosphorrückgewinnung aus Klärschlämmen bewertet (auch im Kontext von Ressourcenverbrauch und -quellen);
2. welche rechtlichen Anpassungen sie im Bereich der Klärschlammverwertung als notwendig erachtet und wie die Entscheidungskompetenzen diesbezüglich bei Bund, Land und Kommunen liegen;
3. welche Notwendigkeit sie für Klärschlammverwertungsanlagen in den kommenden Jahren sieht, auch im Hinblick auf sich ändernde bodenbezogene Verwertungsmöglichkeiten im Rahmen der novellierten Klärschlammverordnung;
4. welche zentralen und dezentralen Lösungsansätze ihr zur Klärschlammverwertung mit Phosphorrückgewinnung bekannt sind und wie sie diese bewertet;
5. wie sich die Infrastruktur der Klärschlammverwertung in den kommenden Jahren entwickeln wird;
6. ob ihr belastbare Daten zur Marktentwicklung vorliegen, wie und in welchem Umfang private Entsorgungsunternehmen in den Markt der Klärschlammverwertung einsteigen wollen und in welchem Umfang Investitionen im Land geplant sind;
7. wie sie die CO₂-Bilanz von Monoverbrennungsanlagen im Vergleich zu anderen Klärschlammverwertungsverfahren bewertet;
8. welche Verfahren der Phosphorrückgewinnung ihr bekannt sind und welche sie davon derzeit in ihre näheren Betrachtungen mit einbezieht;
9. wie sie die Auswahl des Standorts Böblingen für die dort geplante Monoverbrennungsanlage bewertet;
10. wie sie den technischen Stand der am Standort Böblingen geplanten Monoverbrennungsanlage einschätzt;
11. wie der Verfahrensstand bei der Gründung des Zweckverbands in Böblingen ist und wer als Betreiberin/Betreiber der Klärschlammverwertungsanlage vorgesehen ist;
12. welche Synergien sie bei der Verwertung von Klärschlamm, über die Wärme-, Stromerzeugung und Rückgewinnung von Phosphor hinaus, sieht, gegebenenfalls in Kombination mit weiteren technischen Verfahren;

13. mit welchem zusätzlichen Verkehrsaufkommen sie durch Anlieferverkehr der geplanten Monoverbrennungsanlage am Standort Böblingen rechnet und wie sich diese Annahme im Vergleich zu einer Anlieferung des Klärschlammes zu anderen möglichen Verwertungsstandorten verhält;
14. welche Folgen für die Betreiber von Kläranlagen (Abwasserbehandlungsanlagen mit einer Ausbaugröße von über 100 000 Einwohnerwerten) zu erwarten sind, wenn sie mangels technischer Verfahren bis zum Jahr 2029 keine konkreten Konzepte zur Phosphorrückgewinnung vorlegen können.

28.07.2020

Walker, Dr. Murschel, Marwein, Niemann, Renkonen, Dr. Rösler, Schoch, Walter GRÜNE

Begründung

Die Entsorgung des in baden-württembergischen Kläranlagen anfallenden Klärschlammes stellt die Kommunen vor neue Herausforderungen. Entsorgungsmöglichkeiten gehen zur Neige und werden teurer. Aufgrund der sich im längerfristigen Trend immer deutlicher abzeichnenden Notwendigkeit zur Phosphorrückgewinnung hat die Landesregierung eine Strategie zur Phosphorrückgewinnung in Baden-Württemberg erarbeitet, um auch auf lange Sicht sicher und wirtschaftlich den Rohstoff Phosphor zur Verfügung zu haben. Mit der Novellierung der Klärschlammverordnung hat sie dazu auch den rechtlichen Rahmen gesetzt. Bereits jetzt werden 90 Prozent der anfallenden Klärschlämme thermisch verwertet. Ab dem Jahr 2029 bzw. 2032 ist die Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm und ihrer Asche für größere Klärschlammproduzenten nach Übergangsfrist auch gesetzlich vorgeschrieben. Zum jetzigen Zeitpunkt existieren vier in Baden-Württemberg genutzte Verbrennungsanlagen in Balingen, Stuttgart, Neu-Ulm und Karlsruhe, die allerdings bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen gelangen. Eine neue Monoverbrennungsanlage ist daher in Böblingen geplant.

Die Verbrennung von Klärschlamm, insbesondere in sog. Monoverbrennungsanlagen, wird vielfach als innovative und effiziente Methode zur Phosphorrückgewinnung beworben. Der Antrag soll deshalb klären, wie die Landesregierung die Verbrennung von Klärschlamm unter ökologischen Gesichtspunkten, besonders im Bereich der Phosphorrückgewinnung und der CO₂-Effizienz von Monoverbrennungsanlagen sowie die Auswahl des Standorts Böblingen für die neue Monoverbrennungsanlage bewertet.